

Einleitung

Zur Neubewertung der Entwicklungstheorie

Reinold E. Thiel

Dieses Buch ist die Zusammenfassung einer Serie von Artikeln, die zwischen 1995 und 1999 in „Entwicklung und Zusammenarbeit“ (E+Z) erschienen sind, der Zeitschrift der Deutschen Stiftung für internationale Entwicklung (DSE). Als die ersten Beiträge im Oktober 1995 gedruckt wurden, war die Debatte noch in frischer Erinnerung, die Ulrich Menzel (mit einem Aufsatz in der „Politischen Vierteljahresschrift“¹ Anfang 1991 und einem Artikel in der „Frankfurter Rundschau“² im Juni des selben Jahres) ausgelöst hatte, und die sich bis Ende 1994 hinzog: die Debatte über das „Scheitern der großen Theorie“. Davon hatten vor Menzel auch andere Autoren schon gesprochen, aber Menzel hatte dem Thema eine vorher nicht erfahrene öffentliche Aufmerksamkeit verschafft.

Wenn also die große Theorie gescheitert war, wie sollte es mit dem Nachdenken über Entwicklung und die Dritte Welt weitergehen? Menzel hatte von der „Ratlosigkeit zu Beginn der 90er Jahre“ gesprochen und auf die von Jürgen Habermas geprägten Begriffe der „neuen Unübersichtlichkeit“ und der „Erschöpfung utopischer Energien“ verwiesen. Zugleich gab es aber Autoren, die an neuen theoretischen Ansätzen arbeiteten oder aus den alten das Brauchbare zu retten suchten. Die Ideen dieser Autoren sollten in E+Z vorgestellt werden. Den Anstoß zu der Serie gab Wolfgang Hein, der sein jüngstes Buch in einer in E+Z erschienenen Rezension³ mißverstanden fand und den Vorschlag machte, seine Ideen über die Notwendigkeit „autozentrierter Entwicklung“ selbst vorzustellen. Sein Aufsatz erschien, zusammen mit Beiträgen über „systemische Wettbewerbsfähigkeit“, die „endogene Wachstumstheorie“ und den monetärkeynesianischen Ansatz, im Oktober-Heft 1995. Weitere Beiträge folgten bald.

Mit dem Fortgang der Serie stellte sich die Frage, wie die neuen theoretischen Ansätze einzuordnen seien und welche Bedeutung der

These vom Scheitern der großen Theorie zukomme. Der Begriff der „Theorie mittlerer Reichweite“ wurde diskutiert – könnte es sein, daß nur noch solche Theorien möglich sind? Daß die großen Theorien gescheitert sind, weil der Versuch, die ganze „Dritte Welt“ von *einem* Grundansatz her zu erklären, von vornherein verfehlt war, weil die vorgefundenen Phänomene dafür zu unterschiedlich sind? Was meinen wir eigentlich damit, wenn wir von Großtheorien sprechen?

Ulrich Menzel hat in einem Aufsatz von 1992 dafür eine brauchbare Definition⁴ geliefert, die ich hier übernehmen will. (Er spricht von *Entwicklungstheorien* ganz allgemein, aber es ergibt sich aus dem Zusammenhang, daß er das meint, was er an anderer Stelle *Großtheorien* nennt.) Er sagt: „Ich verstehe unter Entwicklungstheorien Aussagen, mit deren Hilfe ... begründet werden kann, warum es in den Industriegesellschaften Westeuropas, Nordamerikas und Ostasiens zu Wirtschaftswachstum, Industrialisierung, sozialer Differenzierung und Mobilisierung, mentalem Wandel, Demokratisierung und Umverteilung gekommen ist (diese Prozesse nennt man Entwicklung), bzw. warum in dem übrigen Teil der Welt diese Prozesse ausbleiben, nur unvollständig realisiert werden oder lediglich eine Karikatur dieser Prozesse zu beobachten ist.“

Menzel gewinnt seine Definition aus einem Vergleich mit den bereits als entwickelt betrachteten Gesellschaften Europas und Nordamerikas, und man könnte ihm vorhalten, daß er dadurch eine bestimmte Entwicklungsrichtung bereits vorgibt. Aber er tut es mit Recht, denn Entwicklungstheorie ist ein historisches Phänomen, das einen Ort und eine Zeit hat; eine Definition, die davon absehen würde, müßte so abstrakt sein, daß sie kaum noch auf historische Realitäten anwendbar wäre.

Menzel verlangt von Entwicklungstheorie also, daß sie gesamtgesellschaftliche, welthistorische Prozesse des wirtschaftlichen und sozialen Wandels erklärt und verständlich macht. Dann wären gescheiterte Theorien solche, denen nach einiger Zeit der versuchten Anwendung nachzuweisen ist, daß sie keine überzeugenden, stichhaltigen Erklärungen liefern, oder: daß es empirische Phänomene gibt, die durch sie nicht erklärt werden.

Es ist in der Debatte jedoch deutlich geworden, daß die Scheiterns-Diagnose noch auf einem zweiten Argument beruht: dem nämlich, daß die Theorien zugleich auch Rezepte für künftige Entwicklung liefern sollten, daß jedoch die von diesen Rezepten erhoffte Entwicklung nicht eingetreten ist – daß also auch die aus den Theorien entwickelten Strategien scheiterten. Es gehört zu den Eigenheiten des ent-

wicklungstheoretischen Diskurses, daß beide Funktionen von Theorie, die erklärende und die strategische oder teleologische, zumeist ununterscheidbar miteinander verknüpft werden (wie das ähnlich in der Ökonomie und der Politologie auch sonst geschieht). Dennoch ist die Menzel'sche Definition gut geeignet für eine Erörterung der Frage, welche theoretischen Ansätze es überhaupt gibt, die als Großtheorien bezeichnet werden können (wobei die Frage nach ihrer strategischen Funktion immer zugleich mitbedacht werden muß).

Die großen Theorien

Gewöhnlich wird diese Frage mit dem Hinweis auf Modernisierungstheorie und Dependenztheorie beantwortet. Das ist jedoch eine verkürzte Sicht. Bei genauerem Hinsehen sehe ich sieben theoretische Ansätze, die sich dieser Kategorie zuordnen lassen.

Reden wir zunächst von den beiden offensichtlichen Kandidaten (die hier vereinfacht dargestellt werden, ohne auf die zahlreichen Spielarten einzugehen): der Modernisierungstheorie und der Dependenztheorie.

Die **Modernisierungstheorie** wird in theoretischen Darstellungen zumeist auf Max Weber zurückgeführt, der in der Rationalisierung gesellschaftlichen Verhaltens Kern und Ursprung des Modernisierungsprozesses sah. Tatsächlich jedoch beschränkten sich in den 50er und 60er Jahren die Konzepte, die gewöhnlich unter dem Etikett Modernisierungstheorie zusammengefasst werden, im wesentlichen auf ökonomische Überlegungen und ließen die für Weber so wichtige kulturelle Argumentation völlig außer acht. Entwicklung wurde gleichgesetzt mit wirtschaftlichem Wachstum; dies sei in der Vergangenheit vor allem eine Frage des verfügbaren Kapitals gewesen, die Zufuhr von Kapital werde daher auch in den unterentwickelten Ländern Wachstum induzieren und werde diese Länder dazu befähigen, dem Modell der bereits entwickelten kapitalistischen Länder zu folgen. Damit wurde ein einheitliches kapitalistisches Entwicklungsmuster für alle Länder der Welt zugrunde gelegt.

Die **Dependenztheorie** andererseits (verwurzelt in der Imperialismustheorie von Hobson, Lenin und Rosa Luxemburg, bei der das Kapital gerade die Unterentwicklung verursachte), ging von einer strukturellen Ungleichheit zwischen den Ländern der Metropolen und denen der davon wirtschaftlich und politisch abhängigen Peripherie aus und erwartete Entwicklung nur dann, wenn die Peripherie sich von den Metropolen unabhängig machte, sich „abkoppelte“.

Aber nicht nur diese beiden Theorien waren gemeint, wenn in der oben zitierten Debatte Scheitern konstatiert wurde. Vielmehr galt diese Einschätzung auch dem „real existierenden Sozialismus“, also dem **Modell der Entwicklung durch zentrale staatliche Planung**, einem Modell, bei dem deutlicher als bei den beiden erstgenannten die strategische Funktion im Vordergrund steht, und das vor allem aufgrund der Starrheit bürokratischen Denkens am Ende nicht mehr zu Entwicklung führte – womit es gute Argumente für die Überlegenheit der Ideenkonkurrenz in demokratischen und marktwirtschaftlichen Systemen lieferte. Das ist die dritte der als gescheitert betrachteten Großtheorien – mit der Dependenztheorie zwar verwandt, aber von ihr vor allem in einem strategischen Aspekt unterschieden: in der Doktrin der Verstaatlichung der gesamten Wirtschaft.

Die vierte Großtheorie ist das marktradikale **“neoliberale“ Modell** der achtziger und neunziger Jahre, das Entwicklung erwartet von einer Entfesselung der Märkte, vor allem der Finanzmärkte, und einer Beschränkung der Staatsfunktionen auf die Herstellung marktgünstiger Rahmenbedingungen, und das in den entwickelten Ländern in Reaganomics und Thatcherism, in der Entwicklungspolitik im *Washington Consensus* der Bretton-Woods-Institute seinen Ausdruck fand. Vom neoliberalen Modell meinen zwar einige Autoren, es sei mit der wirtschaftlichen Katastrophe der ostasiatischen Tigerstaaten seit Mitte 1997 (und mit den Zusammenbrüchen in Mexiko, Brasilien und Rußland) als gescheitert anzusehen, aber von anderen (den Mainstream-Ökonomen) wird es weiterhin für das Panacea wirtschaftlicher Entwicklung gehalten. Es ist allerdings mit der ursprünglichen Modernisierungs- (Wachstums-)theorie eng verwandt und könnte ebenso gut als deren neuere Spielart gelten. (Davon, daß die Weltbank inzwischen an ihm nicht mehr festhält, wird noch zu reden sein.)

Schließlich hat mit der Analyse der Entwicklungserfolge Japans und seiner ost- und südostasiatischen Nachfolger ein weiterer theoretischer Ansatz Beachtung gewonnen: das von dem japanischen Ökonomen Akamatsu Kaname⁵ in den 30er Jahren entworfene und später von anderen Autoren weiterentwickelte **„Gänseflug-Modell“**, das eine kaskadenartige Entwicklung der Länder des großostasiatischen Wirtschaftsraums voraussagte und in seiner Anwendung tatsächlich auch bewirkte. Diese Volkswirtschaften wuchsen auf der Basis **staatlich gelenkter Privatwirtschaft** und einer hohen internen Sparquote und wurden erst zu Fall gebracht, als sie sich dem Modell des *Washington Consensus* unterwarfen, ihre Finanzmärkte deregulierten und sie vom überschüssigen Kapital der westlichen Industrieländer überfluten lies-

sen. Das Gänseflug-Modell (als fünfte Großtheorie) ist also keineswegs gescheitert, vielmehr ist es das einzige, dessen Anwendung den vorausgesagten Erfolg gehabt hat.

Nun haben alle diese Modelle (oder Großtheorien) gemeinsam, daß Gegenstand ihrer Analyse in erster Linie wirtschaftliches Wachstum und nachholende Entwicklung sind, und daß sie daher vorrangig die Wirkungskraft wirtschaftlicher Faktoren untersuchen. Sie sind sämtlich im weiteren Sinne Wachstumstheorien. (Mancher würde sagen, sie seien sämtlich Modernisierungstheorien. Ich habe Schwierigkeiten mit der Anwendung und erst recht der Ausweitung dieses Begriffs. In einem trivialen Sinne ist bei jedem Prozeß gesellschaftlichen Wandels der Zustand nach vollzogenem Wandel der modernere. Wenn ich andererseits im philosophischen Sinne unter modern das Ergebnis aufgeklärten Handelns verstehe, so muß wiederum das Ziel jeder entwicklungsorientierten Aktivität Modernisierung sein. Ich werde also bei solchen Theorien, die ihre Basis überwiegend in ökonomischen Kategorien haben, **von ökonomistischen oder Wachstumstheorien sprechen.**)

Den ökonomistischen Theorien gegenüberzustellen sind zwei weitere theoretische Ansätze, die über den Bereich des Ökonomischen hinausgreifen: das Konzept von Entwicklung als Kulturphänomen, und das Konzept nachhaltiger Entwicklung.

Das **Konzept der kulturellen Bedingtheit von Entwicklung** geht zurück auf Max Webers Schriften zur Religionssoziologie. Weber sah in seiner 1905 erschienenen Schrift „Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus“ die Entstehung des expandierenden Kapitalismus in Europa und Nordamerika im Zusammenhang mit einer bestimmten, religiös fundierten Arbeits- und Wirtschaftsethik: Gott wohlgefällig ist, wer hart arbeitet, aber sich durch den dabei erzielten Gewinn nicht zu übermäßigem Konsum verleiten läßt („innerweltliche Askese“) und daher den Gewinn zur Re-Investition zur Verfügung hat. Den Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Entwicklung und religiös-kulturellem Wertesystem, den Weber zunächst nur für den christlich-protestantischen Raum beschrieben hatte, untersuchte er anschließend in drei weiteren Studien („Die Wirtschaftsethik der Weltreligionen“) für die großen asiatischen Religionen und das antike Judentum.⁶ (Studien zum frühen Christentum und zum Islam konnte er nicht mehr fertigstellen.)

Daß Weber für Japan nicht zu einer Voraussage der auch hier schon deutlich werdenden kapitalistischen Entwicklung kam, lag daran, daß er nicht über genügend Informationen verfügte; aber er hat

mit seinen Überlegungen einen Denkansatz begründet, der von anderen Autoren weitergeführt wurde (z. B. Morishima, Yamamoto und Otsuka zu Japan, Redding zu China, Magnis-Suseno zu Indonesien, Turner und Lapis zum Islam⁷), und der sich inzwischen als überaus fruchtbar erwiesen hat. Der Kernpunkt ist: Nur die Untersuchung *außerwirtschaftlicher* Zusammenhänge kann Aufklärung darüber bringen, *warum wirtschaftliche* Faktoren sich an einem bestimmten Ort und zu einer bestimmten Zeit so auswirken, daß es zu Entwicklung kommt, und an einem anderen nicht. Die Konfuzianismus-These und die Berufung auf „asiatische Werte“ sind die Trivialisierung und Simplifizierung von Webers Denkansatz, und die heftigen Reaktionen auf sie (Senghaas, Fukuyama, Eun-Jung Lee) zeigen nur, daß Kultur ein zu kompliziertes Phänomen ist, als daß es sich mit einem Schlagwort erfassen ließe. So hat man die Frage gestellt, wieso der in China wie in Japan existierende Konfuzianismus nicht in beiden Ländern in gleicher Weise zu Entwicklung geführt hat, dabei aber außer acht gelassen, daß es sich um Konfuzianismen mit unterschiedlicher Werte-Hierarchie handelt, daß der für Japan bedeutsame Einfluß des Zen-Buddhismus in China nicht wirksam war, daß die von Weber für äußerst wichtig gehaltene Struktur einer „rationalen Bürokratie“ in Japan existierte, während die literarisierte Beamtenkaste Chinas deren Leistungen nicht erbringen konnte, kurz: daß viele Faktoren zusammenkommen müssen, um den Anstoß zu Entwicklung zu geben.

Wie tiefgreifend die Untersuchung der kulturellen Faktoren sein muß, um tatsächlich zu einer Erklärung der Entwicklung wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Strukturen beizutragen, hat auf frappierende Weise Robert Putnam⁸ gezeigt, der darlegte, daß die im 12. Jahrhundert in Italien angelegten gesellschaftlichen Organisationsstrukturen (autoritärer Zentralstaat im Süden, kommunale Autonomie im Norden) in historischer Konsequenz zu dem heutigen Gegensatz von Stagnation in Süditalien und Aktivität in Norditalien geführt haben.

Die Überlegungen Max Webers und seiner Nachfolger zeigen, daß wirtschaftliche Entwicklung ein Phänomen ist, das sich nicht allein aus wirtschaftlichen Faktoren erklären läßt, das vielmehr eingebettet ist in die Gesamtentwicklung einer Kultur, das beeinflusst wird durch gesellschaftliche Institutionen und das gesellschaftliche Wertesystem. Aber die sich daraus herleitende Denkschule ist weitgehend isoliert geblieben, zu einer wechselseitigen Befruchtung mit den Denkansätzen der Ökonomen ist es nicht gekommen. Die Ursache dafür waren Berührungsgängste auf beiden Seiten.

Einerseits haben die Kulturalisten, die in der Regel nichts von Ökonomie verstanden, nicht den Mut gehabt, den Ökonomen ihre Einsichten aufzudrängen. So hätten etwa die „*Cultural-Values*“-Studien, die in den 50er und 60er Jahren in den USA zahlreiche Forscher beschäftigt haben⁹, oder die von David McClelland¹⁰ begründete Schule der „*Achievement Motivation*“, und natürlich die Wirtschaftsethnologie, für die Entwicklungstheorie wichtige Anregungen liefern können, haben dies aber bedauerlicher Weise nicht getan.

Robert Klitgaard (Ökonom, aber ein Wanderer zwischen den Welten) hat in einem Aufsatz von 1992¹¹ an eine Konferenz erinnert, die 1954 unter Leitung des französischen Soziologen Georges Balandier in Paris stattfand und das Programm aufstellte, kulturelle Erklärungsansätze für Entwicklung in die Theorie und die Politik einzubringen; Klitgaard beklagt dann, daß das in den fast 40 Jahren seither nicht geschehen sei, und macht dafür Verständigungsschwierigkeiten zwischen den Wissenschaften verantwortlich: „Intellectual cultures clashing: (there are) ‚cultural differences‘ within academia between anthropologists and economists, or more generally between humanists and scientists.... Bluntly, anthropologists have opted out of the major problems of development for reasons close to cultural.“ Den Anthropologen hat, so Klitgaard, das Bewußtsein, daß sie dem Kolonialismus zu Diensten waren, einen solchen Schock versetzt, daß sie sich nie wieder in etwas hineinziehen lassen wollen, und daher auch nicht erkennen können, wann es geboten wäre.

Die Ökonomen andererseits haben, seit sie die Mathematik entdeckt haben, den Ehrgeiz gehabt, wirtschaftliche Vorgänge in mathematischen Formeln darzustellen, d. h. ihre Wissenschaft, die es doch mit menschlichem Handeln zu tun hat, aus dem Bereich der Humanwissenschaften in den der Naturwissenschaften zu transponieren. Die unausbleibliche Folge war, daß bei den Entwicklungstheorien der Ökonomen alle nicht quantifizierbaren, alle nicht mathematisch ausdrückbaren Faktoren außer acht bleiben mußten – daß also eine Beschäftigung mit kulturellen Faktoren nicht mehr denkbar war. Erst in den letzten Jahren kommt es hier bei einigen Ökonomen (die sich mit Institutionen, d. h. mit gesellschaftlichen Werten und Regelsystemen befassen) zu einem Umdenken. Das grandiose Werk von David S. Landes¹² ist die wichtigste neue Wortmeldung dieser Schule.

Der hier umrissene theoretische Ansatz, die kulturalistische Erklärung von Entwicklung, steht also den ökonomistischen Ansätzen im wesentlichen unvermittelt gegenüber. Das Potential des kulturalistischen Ansatzes zur Erklärung von Entwicklungsprozessen ist noch

weitgehend unausgeschöpft. Sie ist die sechste „Großtheorie“ in der hier vorgestellten Reihe.

Schließlich muß vom **Konzept nachhaltiger Entwicklung** die Rede sein. Dies ist der einzige unter den hier aufgezählten theoretischen Ansätzen, der sich nicht in die anfangs zitierte Menzel'sche Definition fügt, weil seine Absicht nicht vorrangig darin besteht, geschehene Entwicklung (und Unterentwicklung) zu erklären, sondern für künftige Entwicklung eine aller bisherigen diametral entgegengesetzte Zielsetzung zu definieren: Einschränkung statt Expansion. Oder anders: weil er aus der Erklärung der bisherigen Entwicklung nicht ableitet, was *zu tun ist*, damit auch der Rest der Welt entwickelt wird, sondern vor allem: was *nicht getan werden darf*, damit die ganze Welt entwicklungsfähig bleibt. Das Konzept nachhaltiger Entwicklung ist normativ, ist teleologisch, der strategische Aspekt ist hier stärker ausgeprägt als der erklärende.

Das Konzept hat (obwohl Ökonomen wie Arthur Pigou oder William Kapp schon Jahrzehnte vorher verwandte Überlegungen anstellten) seinen Ursprung im ersten Bericht des Club of Rome, der 1972 veröffentlichten Studie von Denis Meadows über die Grenzen des Wachstums¹³, und den etwa gleichzeitigen Arbeiten von Nicholas Georgescu-Roegen über die Bedeutung des Entropie-Gesetzes für die Wirtschaft¹⁴, also in ökologischen Überlegungen. Ausgestaltet und auf politische Anwendung orientiert wurde es später vor allem durch den Brundtland-Bericht¹⁵ von 1987. Aus diesem Bericht stammt die Definition: „Dauerhafte Entwicklung ist Entwicklung, die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, daß künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können.“ In der heutigen Diskussion wird diesem Gesichtspunkt, daß die Bedürfnisse künftiger Generationen berücksichtigt werden müssen, gewöhnlich noch die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit innerhalb der lebenden Generation hinzugefügt. Diese Forderung gehört streng genommen nicht in die ökologische Diskussion; das Konzept nachhaltiger Entwicklung ist aber heute in der politischen Diskussion ein Amalgam aus ökologischen und sozialen Forderungen.

Meadows historisches Verdienst ist es, nachdem die Diskussion über Umweltverschmutzung bereits begonnen hatte, im Bewußtsein der Menschheit verankert zu haben, daß wir auf einem endlichen Planeten leben und unsere Ressourcen erschöpfbar sind. Daß die in seiner Studie genannten Werte für die Vorräte bestimmter Rohstoffe oder für die Hochrechnung bestimmter Schadenswirkungen bald durch neue Funde oder präzisere Berechnungen überholt werden würden,

hat Meadows selbst vorausgesehen – es tut der grundsätzlichen Gültigkeit seiner Überlegungen keinen Abbruch: Wirtschaftliche Entwicklung kann langfristig die ihr durch die Beschränktheit der Ressourcen gesetzten Grenzen nicht ignorieren, sondern muß sich ihnen anpassen. Das ist bisher nur von kleinen Gruppen wirklich verstanden worden; die Politik sowohl der Einzelstaaten wie der internationalen Organisationen hat daraus keine grundsätzlichen Schlußfolgerungen gezogen. Alle nationale Wirtschaftspolitik beutet die Ressourcen so ungehemmt aus wie vorher, alle Entwicklungspolitik läuft auch weiterhin darauf hinaus, nachholende Entwicklung zu postulieren, d. h. den unterentwickelten Gesellschaften dieser Welt die Erreichbarkeit des europäisch-nordamerikanischen Lebens- und Wirtschaftsmodells zu versprechen.

Allerdings hat auch die ökologische Bewegung selbst zu wenig getan, um dem ökologischen Gedanken und dem Konzept der nachhaltigen Entwicklung den Geruch der Realitätsferne zu nehmen. Sie hat zwar in zahlreichen Publikationen gezeigt, daß es möglich ist, mit geringerem Ressourcenverbrauch zu leben und zu wirtschaften, hat dies aber im wesentlichen im Hinblick auf die Frage der Bedürfnisbefriedigung durchdacht. Sie hat versäumt, darzulegen, wie ein Wirtschaftssystem insgesamt funktionieren könnte, das vom Grundgedanken der Ressourcenschonung ausgeht. Wenn wir uns z. B. entschließen würden, nur noch langlebige Güter herzustellen – wie würde sich dies auf die Arbeitsmärkte auswirken? Was soll an die Stelle der Marktsteuerung durch Preise und Kapitalinvestition treten?

Solange die ökologische Bewegung nicht in der Lage ist, ein makroökonomisch schlüssiges Modell ökologischen Wirtschaftens vorzulegen und zugleich politische Strategien für dessen Durchsetzung vorzuschlagen, wird sie in der Politik keine Mehrheiten finden. Eben jetzt hat sich Ernst Ulrich von Weizsäcker, einer der wichtigsten Protagonisten dieser Denkrichtung in Deutschland, anläßlich seines neuesten Buches vorwerfen lassen müssen, er komme über das Wünschen nicht hinaus, er bemühe sich nicht, eine politische Durchsetzungsstrategie zu entwerfen.¹⁶ Die Vorstellung, der Wandel zu einer ökologischen Wirtschaft könne durch eine allgemeine Bewußtseinsveränderung bewirkt werden, ist in der Tat wirklichkeitsfremd.

Mit dem Konzept der nachhaltigen Entwicklung haben wir also insgesamt sieben unterschiedliche theoretische Ansätze vor uns, die den Anspruch auf Deutung gesamtgesellschaftlicher, welthistorischer Veränderungsprozesse erheben:

1. Wachstumstheorie i.w.S. (Modernisierungstheorie)
2. Dependenztheorie
3. Zentralplanungsmodell (realer Sozialismus)
4. Neoliberales Modell (Washington Consensus)
5. Modell staatlich gelenkter Privatwirtschaft (Gänseflug-Modell)
6. Konzept der kulturellen Bedingtheit von Entwicklung
7. Konzept der nachhaltigen Entwicklung

Kommen wir also zurück zur These vom Scheitern der großen Theorie. Was ist hier gescheitert, und wie läßt sich das Scheitern begründen? Um dazu etwas sagen zu können, müssen wir zunächst davon reden, was Theorie ist und welche Funktion sie hat.

Theorien, Paradigmen, Ansätze, Modelle, Konzepte

Theorie hat im humanwissenschaftlichen Bereich eine andere Funktion als in den Naturwissenschaften. Dort gibt es Theorien, die von der Gesamtheit einer jeweiligen Fachwissenschaft akzeptiert werden. Diese Theorien sind dennoch nicht unveränderbar und unangreifbar. Sie müssen verändert werden, wenn neue empirische Phänomene auftauchen, die durch die bis dahin gültige Theorie nicht erklärt werden. Es wird dann eine Phase geben, in der mehrere unterschiedliche Erklärungsvorschläge („Ansätze“) miteinander konkurrieren, bis einer als der schlüssigste erkannt und wiederum von allen akzeptiert wird. Dieser Vorgang der Verdrängung einer Theorie durch eine andere ist es, den Thomas Kuhn in seinem berühmten Essay von 1962¹⁷ als „Paradigmenwechsel“ bezeichnet hat. Kuhn hat in diesem Zusammenhang von der „Gemeinschaft der Fachleute“ gesprochen, ein Begriff, der einige Jahre später durch den der „*epistemic community*“ ersetzt wurde¹⁸, also den einer Gemeinschaft, die sich in einem bestimmten Wissensbereich um einen gemeinsamen Erklärungsansatz versammelt.

Beweisen läßt sich auch in den Naturwissenschaften die größere „Richtigkeit“ der neueren gegenüber der älteren Theorie *nicht*: Seit Karl Poppers¹⁹ Überlegungen zur „Logik der Forschung“ sind wir damit vertraut, daß wissenschaftliche Erkenntnis durch Irrtümer fortschreitet und Theorien nur falsifiziert, aber nicht verifiziert werden können. Es kommt jedoch in den Naturwissenschaften relativ leicht dazu, daß die gesamte *epistemic community* von der Erklärungstüchtigkeit einer und nicht einer anderen Theorie überzeugt ist.

Das ist in den Humanwissenschaften grundsätzlich anders. Diese sind dadurch charakterisiert, daß es immer eine Pluralität von konkurrierenden Erklärungsansätzen gibt und kaum eine Möglichkeit, einzelne davon zu falsifizieren. Dieter Nohlen²⁰ hat dafür die Formulierung gefunden, es seien für diesen Wissenschaftsbereich „keine nomologischen Erklärungen, also unbeschränkte Verallgemeinerungen von Gesetzescharakter, bekannt, noch stehe zu erwarten, daß es sie jemals geben kann ...“

Grundsätzlich gilt die Entdeckung Thomas Kuhns natürlich auch hier: Wenn neue empirische Befunde auftreten, die sich mit Hilfe der bestehenden Theorien nicht erklären lassen, müssen neue theoretische Ansätze gefunden werden, die die alten wie die neuen Befunde gleichermaßen erklären – die alte Theorie wird durch eine neue verdrängt. Nur wird, da es zu Anfang konkurrierende Denkschulen gab, jede einzelne ihre eigene Theorie entsprechend umbauen, und es wird am Ende bei der gleichen Vielfalt bleiben. Es kommt sehr selten vor, daß ein Modell sich als so grundsätzlich unbrauchbar erweist, daß es völlig aus der Diskussion verschwindet (wie das Zentralplanungsmodell).

Der Grund für den Unterschied zwischen dem Verhalten von Theorie im naturwissenschaftlichen und im humanwissenschaftlichen Bereich ist, daß bei physikalischen oder chemischen Prozessen (mit Ausnahme des sub-atomaren Bereichs) die Abläufe immer eindeutig und voraussagbar determiniert sind, was die Möglichkeit unterschiedlicher Deutung weitgehend ausschließt, während bei Abläufen, an denen Menschen beteiligt sind, vielfältige Willensentscheidungen getroffen werden, die so oder so ausfallen können. Ablauf und Ausgang sozialer Prozesse sind daher immer offen. Sie sind nicht im Sinne von Gesetzmäßigkeiten festgelegt (determiniert), sondern nur im Sinne von Wahrscheinlichkeiten voraussehbar, und entsprechend offen sind sie für unterschiedliche Interpretation.

Natürlich gibt es Zwischenbereiche. Etwa die Meteorologie, eine Wissenschaft, die eindeutig zur Physik gehört, aber nicht in der Lage ist, das Ergebnis der von ihr beobachteten Abläufe, nämlich das Wetter, präzise vorauszusagen. Das ist hier natürlich nicht die Folge von Willensentscheidungen, sondern einer zu großen Fülle wirkender Faktoren, die nicht mehr meßbar und mathematisch erfaßbar sind. Seit einigen Jahren sind solche Vorgänge die Domäne der Chaostheorie geworden. Deren Instrumentarium ließe sich auch auf Vorgänge im sozialen Bereich anwenden. Ich ziehe es jedoch vor, hier nicht von Chaos, sondern von der Interaktion menschlicher Entscheidungen zu

sprechen, deren Ergebnis zu respektieren ist, aber auch (im Gegensatz zum Wetter) von Menschen beeinflusst werden kann.

Die Unvoraussagbarkeit menschlicher Entscheidungen und die damit verbundene unüberschaubare Vielfalt wirkender Faktoren führen nun, wie schon oben angedeutet, zu zwei Konsequenzen, die für unsere Diskussion von Bedeutung sind: Die erste ist, daß es in den Humanwissenschaften (und insbesondere in den Sozialwissenschaften) der *epistemic community* in aller Regel nicht gelingt, sich für einen Erkenntnisbereich auf eine einzige, allgemein als verbindlich akzeptierte Theorie zu einigen. Damit ist kein vorläufiger Zustand beschrieben, der irgendwann durch größere Detailgenauigkeit überholt werden könnte; er ist begründet in der Natur der Sache – oder besser: des Menschen.

Die andere Konsequenz ist, daß Theorien im sozialen Bereich nicht (wie in der Physik) zur exakten Voraussage der Ergebnisse von Prozessen verwendet werden können. Ein Prozeß, an dem menschliche Willensentscheidungen beteiligt sind, ist immer „kontingent“: Das Ergebnis kann so sein – oder auch anders. Diese Tatsache wird von vielen, Wissenschaftlern wie Laien, als unbefriedigend empfunden. Es hat daher immer wieder Versuche gegeben, wenigstens in Einzelbereichen mit Hilfe mathematischer Methoden zu präziseren Theorien zu kommen, die Voraussagbarkeit gewährleisten.

Am hartnäckigsten sind solche Versuche in den Wirtschaftswissenschaften unternommen worden. Das liegt wohl daran, daß es bei wirtschaftlichen Abläufen um quantifizierbare Größen geht (Geld, Produktionsmengen etc.); die Wissenschaftler haben sich dadurch zu der Vorstellung verleiten lassen, daß die Erfassung solcher quantifizierbarer Größen in mathematischen Formeln ausreiche, um das Ganze wirtschaftlicher Abläufe zu erfassen. In bestimmten Schulen der Wirtschaftswissenschaft wird ein theoretischer Ansatz nicht akzeptiert, wenn er nicht in einer Formel niedergelegt werden kann. Dahinter verbirgt sich jedoch ein grundsätzliches Mißverständnis: Das, was sich in Zahlen und Formeln ausdrücken läßt, reicht nicht aus zur Erklärung wirtschaftlicher Abläufe, weil es menschliches Verhalten nicht berücksichtigt. So ist es z. B. nie gelungen, einigermaßen verlässliche Voraussagen über Auftreten und Verlauf von Konjunkturen und Krisen zu machen; sie sind immer kontingent, weil in ihnen die Unvoraussagbarkeit vieler Einzelentscheidungen ihren gebündelten Ausdruck findet. Das erwies sich wieder in den Jahren seit 1997, als die Asiatische Finanzkrise nahezu die gesamte *epistemic community* im Wirtschaftsbereich unvorbereitet traf.

Dies hat zu erneuten Versuchen geführt, durch Erfassung bisher nicht erfaßter Faktoren die Aussagen endlich verlässlicher zu machen, etwa durch das „Panikmodell“ des amerikanischen Ökonomen Maurice Obstfeld²¹, der versucht, Phänomene der „*self-fulfilling prophecy*“ formelmäßig zu erfassen, oder durch die wiederentdeckte Theorie der „*contrary opinion*“ von Humphrey B. Neill²², die sich mit dem Herdenverhalten befaßt. Aber da jede Voraussage ihrerseits den Effekt haben kann, die Beteiligten zu einer Änderung ihres Verhaltens zu veranlassen, werden auch diese Versuche keinen Erfolg haben. Sicher erscheint nur eine Voraussage: daß es im wirtschaftlichen Bereich keine verlässlichen Voraussagen geben kann. Und das gilt für alle Bereiche sozialen Verhaltens.

Damit kommen wir zurück zur Entwicklungstheorie. Wenn gesagt wird, die (oder eine) Entwicklungstheorie sei gescheitert, dann basiert diese Aussage auf einem bestimmten Theorieverständnis, das mit dem teleologischen Aspekt von Theorie zu tun hat; nämlich auf der Vorstellung, es könne im Entwicklungsbereich Theorien geben, die einen anzunehmenden Mechanismus von Entwicklung so detailliert und schlüssig beschreiben, daß sich daraus ein jederzeit wiederholbares Modell ableiten läßt, das auch an anderer Stelle zu Entwicklung führt. Das ist das Theorieverständnis der Naturwissenschaften: Experimente müssen jederzeit in einem anderen Labor wiederholbar sein. Schon der Hinweis auf das Labor zeigt, daß selbst in den Naturwissenschaften solche Experimente weitgehend von der Realität abstrahieren. In der Entwicklungstheorie, in den Sozialwissenschaften generell, gibt es aber keine Laborversuche. Wir haben es immer mit Realität zu tun, und Realität wiederholt sich nicht. Die Bedingungen ändern sich mit historischen Abläufen, sie ändern sich von Land zu Land, von Ort zu Ort, von Fall zu Fall. Sie ändern sich (s. oben) durch eine Fülle menschlicher Einzelentscheidungen, die allesamt nicht voraussagbar sind. Wenn die Autoren der Wachstums- und der Dependenztheorien geglaubt haben, sie könnten auf der Basis ihrer historischen Analysen unmittelbare Handlungsanweisungen für künftige Politik (also Strategien) anbieten, haben sie sich getäuscht. Die Ergebnisse können nicht den Voraussagen entsprechen, weil menschliche Handlungen grundsätzlich nicht voraussagbar sind. Die Entwicklungstheoretiker sind der Illusion der Ökonomen erlegen, die glauben, ihre Wissenschaft sei eine „science“.

In diesem Sinne also sind die „großen Theorien“ gescheitert: Es kann keine Entwicklungstheorie geben, die die grundsätzliche Wiederholbarkeit einmal verstandener und erklärter Modellabläufe garan-

tiert. Es gibt immer (und nicht ausschließbar) neue oder veränderte Faktoren, die dazu führen, daß das Ergebnis anders ist als das erwartete. Entwicklung ist immer kontingent.

Der offensichtlichste Fall für dieses Scheitern liegt vor beim Modell des zentralen Planungsstaates, also in den Ländern des realen Sozialismus. Die Denkschule des Dialektischen Materialismus ist tatsächlich der Illusion erlegen, sie könne im gesellschaftlichen Bereich nomologische Erklärungen, also gesetzmäßige und unbezweifelbare Wirkungszusammenhänge, nachweisen: Gesellschaftswissenschaft als Naturwissenschaft. Der Begriff der Kontingenz wurde hier sogar aus der Philosophie verbannt, als „scholastisch“ abqualifiziert. Jede Konkurrenz unterschiedlicher Erklärungsmuster wurde unterdrückt, und damit auch jede Konkurrenz unterschiedlicher Wirkungsmodelle. Es gab keine Chance mehr, daß das Beste sich durchsetzte, und mit dieser Rigidität war das Scheitern des Systems programmiert.

Das bedeutet jedoch nicht, daß alle Großtheorien nun pauschal abzulehnen, daß sie in jedem einzelnen Punkt ihrer Deutung falsch seien. Sie können durchaus brauchbare Bestandteile enthalten. So sind einzelne Autoren seit Jahren dabei, festzustellen, welche Elemente der aus der Dependenztheorie abgeleiteten Strategien für eine Entwicklung marginaler Länder völlig unverzichtbar bleiben („autozentrierte Entwicklung“), und andererseits ist die neoliberale Theorie eine weiterentwickelte, mit neuen Elementen angereicherte Form der alten, kapitalflußorientierten Wachstumstheorie (die ihrerseits auch noch weitere Abkömmlinge z. B. unter dem Stichwort „Humankapital“ hat). Auch von der marxistischen Theorie ist zu sagen, daß zwar die Doktrin der zentralen Planung und der Verstaatlichung der Produktionsmittel nicht die erwartete Entwicklung zur Folge hatte, daß jedoch die Marx'sche Analyse der globalen Ausweitung der Märkte sich von Jahr zu Jahr deutlicher als zutreffend erweist.

Die großen Theorien müssen also darauf untersucht werden, was in ihnen sich als brauchbar und was als unbrauchbar erwiesen hat, und von letzterem befreit werden. Es muß ferner klar werden, daß Theorien in den Sozialwissenschaften nicht die szientistische Funktion der umfassenden und punktgenauen Voraussagen haben können, und daß es vor allem diese falsche Erwartung war, die zur Konstatierung ihres Scheiterns geführt hat.

Gebraucht werden die großen Theorien aber auch weiter aus heuristischen Gründen, als Rahmenkonzepte, im Sinne etwa der Definition von Helmut F. Spinner²³: „...„Große Theorien“ von der Art der Kuhn'schen Paradigmata, die zu einheitlichen Erkenntniskonzeptio-

nen, in der Wissenschaftspraxis zu Forschungsprogrammen verdichtete *Weltbilder* darstellen.“ Solche Rahmenkonzepte werden deshalb gebraucht, weil wir beobachtete Phänomene nur verstehen, nur einordnen, nur deuten können, wenn wir ein mentales Gerüst haben, das ihren Zusammenhang mit anderen beobachteten Phänomenen herstellt. Schon Platon lehrte, daß wir das einzelne nicht verstehen können, ehe wir das Ganze verstehen. Theorien werden geboren, wenn uns für mehrere unabhängig beobachtete Phänomene eine für alle gleichermaßen zutreffende Erklärung einfällt. Dazu bedarf es der Vereinfachung, d. h. die Phänomene müssen des Unwesentlichen entkleidet werden; dazu bedarf es aber auch der Kreativität, weil der Zusammenhang sich nicht von selbst erschließt, sondern entdeckt werden muß.

Diese Rahmenkonzepte müssen dann ausgefüllt werden durch empirische Befunde und Teiltheorien, in denen die geographischen und sektoralen Unterschiede ihren Ausdruck finden. Gleiche Grundmuster, wenn es sie gibt und wenn sie entdeckt werden, treten in historisch und regional unterschiedlichen Ausprägungen auf. Hier ist also der Platz für Theorien mittlerer Reichweite.

Daher erscheint es mir sinnvoll, den Begriff der Großtheorie nicht weiter zu verwenden und statt dessen von *theoretischen Ansätzen*, *Erklärungsansätzen*, *Rahmenkonzepten* oder *Denkschulen* zu sprechen. Modelle und Konzepte wären dann kleinere Einheiten unterhalb dieser Ebene, „Entwicklungstheorie“ (im Singular) wäre das Erkenntnisfeld als Ganzes. Aber all diese Begriffe sind nicht eindeutig definiert und werden auch weiterhin von jedem Autor anders verwendet werden.

Die Beiträge dieses Bandes

Was ich im zweiten Abschnitt über Großtheorien gesagt habe, bildet den theoriegeschichtlichen Hintergrund für die hier vorliegende Sammlung von Aufsätzen; allerdings lassen sich die Aufsätze selbst nicht in das dort vorgestellte Kategorienschema einordnen. Die meisten der hier vertretenen Autoren erheben nicht den Anspruch, Großtheorien zu entwerfen; ihre Ansätze sind bescheidener.

Vor sechs Jahren, als die ersten Beiträge zu der Serie erschienen, habe ich die Hoffnung geäußert²⁴, die Weiterentwicklung der Theorie werde stärker als früher durch die Erfahrungen der entwicklungspolitischen Praxis beeinflusst werden, es werde ein „neuer Realismus“ deutlich werden. Hat sich diese Hoffnung erfüllt?

Es gibt zunächst eine Reihe von Autoren, die sich mit der Fortschreibung und Weiterentwicklung klassischer Theorien befassen.

Das Thema von **Erich Gundlach** und (in Reaktion auf ihn) von **Hans-Rimbert Hemmer** und **Rainer Wilhelm** ist die Wachstumstheorie (im engeren Sinne, d. h. nicht in dem erweiterten Begriff, den ich weiter oben gebraucht habe). Während die klassische Wachstumstheorie von den Produktionsfaktoren Boden, Kapital und Arbeit ausging und die neoklassische Theorie Boden (einschl. Bodenschätze) als zunehmend unwichtig erkannte, hingegen den technischen Fortschritt zur Erklärung heranzog, sieht die neuere Theorie des „endogenen“ Wachstums das Wissen (Humankapital) als den entscheidenden zusätzlichen Faktor an und beschreibt damit auch ein neues Feld für politische Einwirkung auf wirtschaftliche Wachstumsprozesse. Eine offene Frage bleibt dabei, ob Wissen ein öffentliches Gut ist, das allen Volkswirtschaften gleichermaßen zur Verfügung steht, oder ob nicht vielmehr wirtschaftliche (und politische) Macht heute vor allem durch Monopolisierung von Wissen ausgeübt wird: ein neues Instrument zur Herstellung von Ungleichheit.

Auf der anderen Seite des Spektrums stehen **Dieter Senghaas** und **Wolfgang Hein**, die nicht bereit sind, das Konzept „autozentrierter Entwicklung“ ohne weiteres aufzugeben, sondern darauf bestehen, daß die ungezügelten Kräfte des Marktes kleinen, marginalisierten Ländern eher schaden und deshalb die Politik (der Staat) eine Verantwortung für den Schutz und die Ermutigung endogener Entwicklung zu übernehmen habe. Auch **Robert Kappel** empfiehlt, den Blick wieder stärker auf „endogene Potentiale“ und „lokale Binnenperspektiven“ zu richten, und **Wilhelm Hankel** stellt fest, daß arme Länder andere Prioritäten haben als reiche, und daß „die Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts ... keinen einzigen Fall geglückter Entwicklungsangleichung (kennt), der nicht protektionistisch abgesichert war.“ **Cord Jakobeit** ergänzt dies mit dem Hinweis, daß die internationalen Interessen- und Machtstrukturen verändert, die Rahmenbedingungen für Entwicklung verbessert werden müssen, und daß dafür das Instrument der internationalen Regime, anders ausgedrückt der „*global governance*“ zur Verfügung steht.

Mehrere Autoren befassen sich mit der Rolle von Kapital als Entwicklungsfaktor. **Manfred Nitsch** stellt fest, daß heute nicht mehr die Realwirtschaft, sondern die Geldwirtschaft der Motor der Entwicklung ist, der Vermögensbesitzer der Souverän der Ökonomie, und erkennt im Investitionsrisiko das entscheidende Hindernis für die Kapitalversorgung der Entwicklungsländer. (Gibt es hier einen wichtigen Hebel

für politische Stimulation von Entwicklung?) Sein deprimierendes Resümee: „Die Exponentialkurve der Zinseszinsformel wird zum Konstruktionsprinzip der Gesellschaft.“ **Andreas Hauskrecht** kommt bei der Erörterung der asiatischen Wirtschaftskrise zu der Schlußfolgerung, daß Entwicklung auf einer hohen nationalen Sparquote basieren müsse (wie das in den ostasiatischen Schwellenländern zunächst der Fall war), daß sie aber zu Fall gebracht werde durch zu hohe Kapitalzuflüsse von außen, weil dies immer zugleich die Position des nationalen monetären Systems unterminiere. **Waltraud Schelkle** hat die gleichen Bedenken gegen externe Kapitalzuflüsse, setzt aber nicht auf die Sparquote, sondern stellt an den Anfang des wirtschaftlichen Kreislaufs die „Geldschaffung aus dem Nichts“ durch das nationale Bankensystem. Eine ähnliche Auffassung vertritt **Hartmut Elsenhans**, der zwar Hilfe von außen in Anspruch nehmen will, aber zur forcierten Einrichtung von Arbeitsplätzen, um so „künstliche“ Kaufkraft und dadurch rentable Investitionsmöglichkeiten und das für den weiteren Aufbau der Wirtschaft erforderliche Kapital zu schaffen.

Am äußersten Rand der ökonomistischen Theorien finden sich schließlich der Beitrag von Uwe Mummert und der von Esser, Hillebrand, Messner, Meyer-Stamer. **Klaus Esser** und seine Mitautoren haben mit ihrem am Berliner „Deutschen Institut für Entwicklungspolitik“ entwickelten Modell der Netzwerksteuerung sicherlich einen der originellsten Beiträge zur neueren Entwicklungsdiskussion geliefert. Danach soll das (auch von ihnen akzeptierte) neoliberale Ziel der internationalen Wettbewerbsfähigkeit (für das sie „derzeit keine plausible Alternative“ sehen) weder durch die Selbstorganisationskräfte des Marktes noch durch staatliche Steuerung allein erreicht werden, sondern durch Vernetzung und gegenseitige Anregung aller gesellschaftlich relevanten Kräfte und Gruppen, wofür sie vor allem aus Lateinamerika Beispiele beibringen.

Dieses neokorporatistische Modell steht in enger Beziehung zur „Neuen Institutionenökonomie“, der sich **Uwe Mummert** verpflichtet fühlt. Auch er erklärt die Modelle der Wachstumstheorie für nicht hinreichend und sieht stattdessen „in den jeweiligen nationalen Institutionen die Schlüsselgrößen für wirtschaftliches Wachstum und Entwicklung“. Damit sind die Spielregeln und Wertesysteme einer jeweiligen Gesellschaft gemeint, wobei für Mummert „wirtschaftliche Spielregeln ..., die nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum generieren“ im Vordergrund stehen, also vor allem wirtschaftliche Handlungsrechte. Er erkennt aber zugleich die Bedeutung kulturell-historischer Wertesysteme einer Gesellschaft und identifiziert als „wesentliche Ursache für

die Entwicklungsprobleme Afrikas die Unverbundenheit von gesetzten ‚modernen‘ und gewachsenen ‚traditionellen‘ Institutionen“. Die neue Institutionenökonomik stellt sich damit als einzige Spielart der ökonomistischen Theorien heraus, die in der Lage ist, kulturelle Faktoren in ihren Erklärungsansatz zu integrieren.

Das Konzept der kulturellen Bedingtheit von Entwicklung hat in dieser Sammlung keinen sehr intensiven Niederschlag gefunden. Die Neigung zu diesem Denkansatz ist in Deutschland nicht sehr verbreitet; nur drei Beiträge befassen sich explizit damit (einige andere in weiteren Zusammenhängen).

Dieter Weiss ist einer der wenigen Ökonomen, die den Einfluß kultureller Faktoren auf wirtschaftliche Zusammenhänge ernst nehmen. Für ihn ist unterschiedliche Entwicklung „wesentlich Ergebnis einer unterschiedlichen Qualität der jeweils verfolgten längerfristigen Politiken, also Folge menschlichen Handelns vor dem Hintergrund ... kollektiver soziokultureller Prägungen“. Taiwan etwa verdanke seine Entwicklung der „Verknüpfung von hoher Leistungsbereitschaft mit ausgeprägter Selbstbeschränkungsmoral“, während in Westafrika sich in „soziale(n) Regelungen zur Vermeidung von Einkommens- und Vermögensdisparitäten“ ein anderes Idealbild als das westeuropäische von gesellschaftlicher Schichtung darstellt. Wer also Entwicklung im europäischen Sinne fördern wolle, müsse um die „Schaffung von Verhaltensnormen und von Ordnungselementen, die entwicklungsfördernd sind“, bemüht sein.

Einen noch weiter von ökonomischen Kategorien entfernten Standpunkt nimmt der Ethnologe **Frank Bliss** ein, der feststellt, daß es nicht nur den Unterschied zwischen Arm und Reich, sondern auch „erhebliche Unterschiede zwischen Zielen“ von Entwicklung geben könne. Wenn etwa afrikanische Bauern „sich überhaupt nicht als ‚unterentwickelt‘ fühlen“, dann könne sich bei genauer Analyse herausstellen, daß dahinter nicht Verweigerung von Entwicklung, sondern „ein eigener Entwicklungsansatz“ stehe. Mit dieser Auffassung hat Bliss sich weit vom Mainstream der deutschen Ethnologie entfernt, was ihm die Schelte von Fachkollegen eintrug. Ein weiterer Ethnologe, **Thomas Bierschenk**, hat sich von einem anderen Ausgangspunkt her der Frage genähert, was für Afrika heute „Entwicklung“ bedeutet. Seine Erkenntnis: Entwicklung wird gleichgesetzt mit „Transferzahlung“, die von „Entwicklungsmaklern“ vermittelt wird. Die afrikanischen Staaten sind durchweg Bezieher einer „geopolitischen Positionsrente“, zu keiner Eigeninitiative mehr bereit und fähig. Auch diese

negative Einschätzung muß wohl unter die Analysen kultureller Wertesysteme gerechnet werden.

Das Konzept nachhaltiger Entwicklung behandelt nur ein Autor, **Mohssen Massarrat**, als Hauptthema, allerdings in einer sehr spezifischen Ausprägung, die ihn in die Nachfolge der Dependenztheoretiker stellt. Seine These ist, daß Kostenexternalisierung das Strukturmerkmal des globalen kapitalistischen Systems sei: Externalisiert worden sind sowohl die sozialen wie die ökologischen Kosten, deshalb sind alle Preise so hergestellter Güter Dumpingpreise. Daraus entwickelt er seine Theorie des dualen Weltmarkt-Systems; die zu fordernde Chancengleichheit ließe sich, so Massarrat, durch Einführung sozialer und ökologischer Mindeststandards und von Mechanismen zu deren Durchsetzung erreichen.

Ähnlich hat (an anderer Stelle) **Elmar Altvater** argumentiert, wenn er in der Nachfolge von Georgescu-Roegen die Ökonomie in ihre durch das Entropie-Gesetz definierten Schranken verweist, weil wachsende Produktion zu wachsender Vernutzung der Ressourcen führt. Er hat dies in seinem Beitrag zu dieser Sammlung allerdings nur am Rande berührt und sich statt dessen darauf konzentriert, die Bedingungen zu definieren, unter denen politische Konzepte (er vermeidet den Begriff der Theorie) geeignet sein können, die Entstehung gesellschaftlichen Reichtums zu erklären, aber auch durch andere Konzepte abgelöst werden können.

Bei einer ganzen Reihe der bisher genannten Autoren sind neue empirische Erkenntnisse in die Theoriebildung eingegangen, ohne jedoch im Vordergrund zu stehen. Prägend wird der Einfluß der Praxis bei der folgenden Gruppe:

Werner Hammel und **Michael Bohnet** beschreiben den Einfluß, den bestimmte politische Konzepte (wie Rechtssicherheit oder politische Beteiligung der Bevölkerung) auf die neuere Entwicklungspolitik gehabt haben („neue Kriterien der deutschen Entwicklungspolitik“). **Hans-Dieter Evers** stellt die Frage, welche Bedeutung das Konzept der „strategischen Gruppen“ für die Interpretation von Nichtregierungsorganisationen und Selbsthilfegruppen haben könne, während **Karl Osner** Strategien für deren *empow-erment* vorschlägt und **Marianne Braig** die verschiedenen Spielarten feministischer Entwicklungstheorie untersucht, von „women in development“ bis zu „mainstreaming gender“.

Fundamentale Kritik weniger an der Theorie als an der Praxis der Entwicklungspolitik übt **Eberhard Reusse**, der die Schuld an deren Scheitern dem „interventionistischen Paradigma“ zuweist, also dem

Prinzip des besserwisserischen Eingriffs von außen, verbunden mit dem „Handlungsdruck der Akteure“ und den Strukturschwächen des Entwicklungshilfe-Apparats. Remedur erhofft er sich von einer besseren anthropologischen Fundierung der Aktivitäten und von höherer Rechenschaftspflichtigkeit. Ähnlich radikal ist die Position von **Stefan Helming** und **Dirk Steinwand**, die sich als Praktiker vor allem durch die widersprüchliche Vielfalt theoretischer Ansätze irritiert fühlen und deshalb eine (handlungsorientierte) Theorie der Praxis entwerfen, deren Grundregeln lauten: (1) Nicht als Außenstehende die Probleme analysieren, sondern die gesellschaftlichen Kräfte identifizieren, die Problembewußtsein haben und Veränderung anstreben. (2) Nicht eine von außen vorgegebenen Modellösung verwirklichen, sondern mit den Partnern die angebotenen Modelle auf Verwendbarkeit im konkreten Fall prüfen. (Das pauschale, aber eher verschleiende Etikett dafür heißt „ownership“: Die Zielgruppen müssen die Verfügungsgewalt über die Hilfe haben.)

Schließlich gibt es die Gruppe jener Autoren, die die Herausforderung annehmen, sich mit dem, was bisher „große Theorie“ hieß, auseinanderzusetzen. Hierzu gehört (der schon vorher genannte) **Elmar Altvater**. Hierzu gehört **Lothar Brock**, der die Gedanken der „ungleichen Entwicklung“ weiterführt und bedrückt feststellt, daß „Dritte Welt weltweit“, also die Vertiefung sozialer Disparitäten auch im Norden, die neue Zuspitzung des Problems sei: Ohne ein neues Gleichgewicht zwischen Staat und Markt bedeutet Globalisierung „nicht Arbeitsplätze für viele, sondern größere Bereicherungsmöglichkeiten für wenige“. Hierzu gehört auch **Rainer Tetzlaff**, der die Entwicklung zur Vorherrschaft von Demokratie und Marktwirtschaft mit größerer Gelassenheit betrachtet („der Weltmarkt ist das Weltgericht“), den hingegen vor allem die ökologischen Folgen nachholender Entwicklung beunruhigen, weil „das westliche Entwicklungsmodell im Augenblick seines historischen Triumphs über Gegner und Konkurrenten immer weniger universalisierbar und wünschbar erscheint“. **Andreas Boeckh** kann auch bei der Analyse der lateinamerikanischen Entwicklung nicht erkennen, daß der Neoliberalismus Entwicklung bringt – er führt vielmehr zu einer Verstärkung der sozialen Gegensätze. **Egon Becker** beobachtet als Ergebnis des Scheiterns von Entwicklungspolitik und Entwicklungstheorie nicht nur, wie „eine neue Weltordnung aus den Trümmern der alten (entsteht), sondern auch eine neue Ordnung des Entwicklungsdiskurses“.

Anders **Ulrich Menzel**, der aus dem beobachtbaren Scheitern von Entwicklung und Politik in so vielen Ländern eine zutiefst resignierte

Schlußfolgerung zieht: „Bevor überhaupt diese oder jene Theorie entwicklungspolitisch fruchtbar gemacht werden kann, ... bedarf es in einer wachsenden Zahl von Ländern zunächst einmal der Wiederherstellung staatlicher Ordnung schlechthin“. Er will damit die Verknüpfung von Entwicklungstheorie und Entwicklungspolitik überhaupt kappen und Theorie nicht mehr als Basis zu entwerfender Strategien, sondern nur noch „in akademischer Absicht“ zulassen.

Dem widerspricht allerdings, und damit sind wir am Ende der Sammlung, heftig **Franz Nuscheler**, der sich und uns Resignation verbietet und für den auch weiterhin Entwicklungstheorie die Verpflichtung hat, der praktischen Politik zuzuarbeiten. Wenn es denn schon das Phänomen der gescheiterten Staaten gibt, dann muß von Theorie erwartet werden, daß sie nach Erklärungen für dessen Ursachen sucht. Daneben und darüber hinaus sieht er die neue große Herausforderung für Entwicklungstheorie in der Globalisierung, und der Paradigmenwechsel zu einem neuen integrativen Konzept von Entwicklung vollzieht sich für ihn in vier Dimensionen: (1) nachhaltige Entwicklung („das Bewußtwerden der gemeinsamen Überlebensinteressen“), (2) die „normative Synthese von Entwicklung, good governance, Demokratie und Menschenrechten“, (3) die „fast weltweite Bekehrung zu marktwirtschaftlichen Prinzipien“, (4) die neue Rolle der Zivilgesellschaft. Die Entwicklungstheorie, so Nuscheler, darf sich um die Erarbeitung solcher Konzepte nicht drücken, denn die Politik „braucht Entwicklungstheorien nötiger denn je“.

Obwohl einige dieser Beiträge sich mit der Weiterentwicklung umfassender Erklärungs- und Strategie-Ansätze befassen, ist die Mehrzahl auf einer Zwischenebene angesiedelt: Meso- statt Makro-Ansätze, Theorien mittlerer Reichweite. Im Bereich der ökonomistischen Theorien stehen hierfür Stichworte wie Humankapital, endogene Potentiale, Rolle des Geldes, Institutionen und Rahmenbedingungen, in der kulturalistischen Theorie sind es die wirtschaftsethnologischen Konzepte. Noch deutlicher wird dies bei den von der entwicklungspolitischen Praxis direkt beeinflussten Ansätzen: dem Gender-Ansatz, den Konzepten zur Rolle zivilgesellschaftlicher Gruppen, zu Partizipation und Ownership, Demokratie und Rechtssicherheit. Dies und die komparativen Regionalstudien (die diese Sammlung ausklammert) sind die Theorien mittlerer Reichweite.

Die sich hier abzeichnende **Vielfalt von Ansätzen** deutlich werden zu lassen, war das Ziel dieser Sammlung. Dennoch sind einige **Gemeinsamkeiten** zu erkennen. Eine ist, daß neue empirische Be-

funde dazu beigetragen haben, die all zu einfachen Denkschemata vergangener Großtheorien aufzufächern und die Analyse dadurch realitätsnäher zu machen. Die andere, vielleicht wichtigste ist, daß an die Stelle mechanistischer „Wenn-dann“-Theorien handlungs- und akteursorientierte Konzepte treten: Ziel ist nicht, daß ein für richtig gehaltenes Konzept verwirklicht wird, sondern daß die, die es angeht, dies selber tun, und aus eigener Einsicht. Die dritte schließlich ist das Verständnis dafür, daß mit einfachen Formeln von Ursache und Wirkung die vielfältige Realität sich nicht abbilden läßt, weil bei gesellschaftlichem Handeln jede verwirklichte Zwischenstufe zu einer Neudefinition der Situation und der Bedürfnisse führt, und daß die dabei stattfindenden Prozesse potentiell nie zu einem Abschluß kommen.

Ein neues, integratives Konzept

Wenn handlungs-, akteurs- und prozessorientierte Denkansätze an Bedeutung gewonnen haben, dann heißt das zugleich, daß die rein akademische Analyse an Bedeutung verliert, die Verbindung zur entwicklungspolitischen Praxis in den Vordergrund rückt. Beim neuen Denken geht es weniger um Erklärung als um Handlungsanweisung, weniger um Theorien als um Strategien.

Und es bleibt nicht beim kleinen Format. Man kann Einsichten mittlerer Reichweite auch zusammenfassen zu größeren Gebilden. Das wird in dieser Sammlung nur bei wenigen Autoren deutlich (vor allem bei Nuscheler, auch etwa bei Brock, Tetzlaff, Altvater). Aber ein Blick nach außen zeigt: Die Denkfabrik der Weltbank ist seit einiger Zeit darangegangen, eine neue „große Strategie“ zu entwerfen, die vorläufig, in Ermangelung eines besseren Namens, als „Post-Washington Consensus“ bezeichnet wird. Joseph Stiglitz, von 1997 bis 1999 Chefökonom der Weltbank, hat diese Strategie (die er selbst als „neues Paradigma“ bezeichnet) ausformuliert²⁵, und Weltbank-Chef Wolfensohn hat sie sich zu eigen gemacht²⁶.

Das, was Stiglitz als neues entwicklungspolitisches Paradigma bezeichnet, setzt sich zusammen aus vielem, das in den hier vorliegenden Beiträgen beschrieben wird, und manchem, das hier nicht vorkommt. Es hat nicht den streng systemischen Charakter der alten „Großtheorien“, es ist ein integratives, ein synkretistisches Konzept, das sich im Laufe der letzten Jahre entwickelt hat, und das den Denkansätzen und praktischen Erfahrungen der NROs wie der staatlichen und multilateralen EZ ebenso viel verdankt wie der Wissenschaft. Den wichtigsten einzelnen Beitrag zur Entstehung des neuen Konzepts dürfte der jährliche „*Human Development Report*“ von

UNDP geleistet haben, in welchem über ein Jahrzehnt hinweg Mahbub ul Haq und Inge Kaul beharrlich darauf hingewiesen haben, daß Entwicklungspolitik im Interesse von Menschen gemacht werden muß. Auch der Entwicklungshilfe-Ausschuß (DAC) der OECD hat, mit seinem Plädoyer für einen menschenzentrierten, partizipatorischen Ansatz²⁷, sicherlich dazu beigetragen.

Die Einsicht, mit der Stiglitz sich gleich zu Anfang von den ökonomistischen Theorien distanziert, heißt: Entwicklung ist nicht (nur) wirtschaftliches Wachstum, sondern „*development is a transformation of society*“. Um diese Umformung der Gesellschaft zu erreichen, genügt es nicht, Kapital zu investieren und zu hoffen, daß dadurch Entwicklung über den wirtschaftlichen Bereich hinaus angeregt werde. Die Politik, der Staat muß eine neue Rolle übernehmen. Stiglitz leitet dies aus der Entwicklung in Ostasien ebenso wie rückblickend aus der der westlichen Industriestaaten ab, und er begründet es mit der Theorie der öffentlichen Güter (auf deren Bedeutung auch Inge Kaul²⁸ vor kurzem nachdrücklich hingewiesen hat). Zu den Aufgaben des Staates gehört nach Ansicht von Stiglitz durchaus, in die wirtschaftliche Entwicklung steuernd einzugreifen. Daß es Entwicklungsstrategien geben muß, so hält er den Propagandisten der Privatwirtschaft vor, ergibt sich schon daraus, daß auch Wirtschaftsunternehmen ihre „*corporate strategies*“ haben. Und deshalb genügt es nicht, wenn Entwicklungspolitik Einzelprojekte durchführt – sie müssen immer zugleich auf Verallgemeinerung zielen, als „*growth pole*“ dienen, wobei jedoch wichtig ist, daß die Gesellschaft, um deren Entwicklung es geht, die Entwicklungsziele als ihre eigenen betrachtet („*ownership*“).

Anschließend macht Stiglitz klar, daß Entwicklung nicht nur auf einem Gebiet, sondern auf vielen Gebieten gleichzeitig stattfinden muß: Rechtssicherheit, Finanzsystem und eine fähige Bürokratie sind wichtig als Basis für die wirtschaftliche Entwicklung, aber ebenso wichtig sind Bildung und Gesundheit, die Rolle der Familien und der Frauen, Dezentralisierung („*national governments are simply too remote!*“) und der Ausbau der Infrastruktur. Und ausländische Direktinvestitionen haben in seiner Strategie nicht in erster Linie die Aufgabe, die Produktion zu erweitern, sondern technische Kenntnisse ins Land zu bringen (weshalb er sich nachdrücklich gegen den Zufluß von kurzfristigem Kapital ausspricht).

Das, was Stiglitz in eher theoretisierender Form ausspricht, wird von Wolfensohn in Form eines „*comprehensive development framework*“ operationalisiert. Er nennt 13 verschiedene Strategiefelder (zu ergänzen durch je landesspezifische Bereiche), die gleichzeitig bear-

beitet werden müssen, und sein wichtigstes Anliegen ist, daß dabei die unterschiedlichen Geber nicht unabhängig voneinander (denn das hieße gegeneinander) arbeiten, sondern kooperieren.

Was hier von der Weltbank vorgelegt wurde, ist das vorläufige Endergebnis eines jahrzehntelangen weltweiten Diskurses (das auch dem glücklichen Zufall zu danken ist, daß hier zwei außerordentliche und klarsichtige Persönlichkeiten zusammengearbeitet haben, wenn auch nur für kurze Zeit). Das neue Paradigma der Weltbank erfüllt nicht die systemischen Ansprüche, die früher an Entwicklungstheorie gestellt wurden, aber es könnte als pragmatische Strategie zu einem neuen Aufschwung der Entwicklungspolitik führen – wenn die internationalen Akteure, einschließlich der Bundesrepublik Deutschland, den hier vorgetragenen Einsichten folgen.

Besonders bemerkenswert ist diese Wende bei der Weltbank vor dem Hintergrund einer weltweit dominierenden Wirtschaftspolitik, deren Ziel vor allem ist, der Wirtschaft zu gefallen, einer Politik der sozialen Kälte. Wenn jetzt die Entwicklungspolitik sich zu dem Ziel bekennt, der Mensch müsse im Mittelpunkt stehen, könnte das ein Anzeichen sein, daß eine generelle Trendwende sich anbahnt.

In der deutschen Entwicklungspolitik, die nach dem Regierungswechsel von 1998 ihre Ziele neu justiert hat, lassen sich durchaus Ähnlichkeiten zu den neuen strategischen Ansätzen von Weltbank und DAC finden. Die Politik von Ministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul und Staatssekretärin Uschi Eid ist, mit ihrer starken Betonung von Armutsbekämpfung, Krisenprävention, Entschuldung und zivilgesellschaftlicher Beteiligung, durchaus menschenorientiert. Was ihr bisher fehlt, ist ein wohldurchdachtes zusammenhängendes Konzept, wie es die Weltbank jetzt vorgelegt hat. Das kann man nicht über Nacht entwerfen, und sicher sollte man dem Ministerium dafür die notwendige Zeit zubilligen. Aber dafür braucht es nicht nur Zeit, sondern auch Köpfe. Das Ministerium wäre gut beraten, wenn es mit der Entwicklungsforschung, die in Deutschland an einigen sehr leistungsfähigen Instituten betrieben wird, enger zusammenarbeiten würde, als das in der Vergangenheit der Fall gewesen ist.

-
- ¹ Ulrich Menzel (1991 a): Das Ende der 'Dritten Welt' und das Scheitern der großen Theorie, in: Pol. Vjs. 32:1, S. 4-33
 - ² ders. (1991 b): Die Hilfe hilft nicht, Treuhandschaft wäre ein Weg, in: Frankfurter Rundschau, 3. 6. 1991
 - ³ Karl Wolfgang Menck (1994): Autozentrierte agroindustrielle Entwicklung (Rez.), in: E+Z 1994:12, S. 338
 - ⁴ Ulrich Menzel (1992): 40 Jahre Entwicklungsstrategie = 40 Jahre Wachstumsstrategie, in: Dieter Nohlen, Franz Nuscheler (Hg.): Handbuch der Dritten Welt, Bd. 1, 131-155
 - ⁵ Pekka Korhonen (1999): Akamatsu Kaname - Entwicklungstheorie in Ostasien: Das Gänseflug-Modell, in: E+Z 1999:6,169-171
 - ⁶ Max Weber (1905, 1920): Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie, 3 Bde. Tübingen 1988
 - ⁷ Michio Morishima (1982): Why has Japan Succeeded? Cambridge
Yamamoto Shichihei (1979): The Spirit of Japanese Capitalism. New York 1992
Otsuka Hisao (1982): The Spirit of Capitalism (jap.). Tokio
S. Gordon Redding (1993): The Spirit of Chinese Capitalism. Berlin
Franz Magnis-Suseno (1981): Javanische Weisheit und Ethik. München
Bryan S. Turner (1974): Weber and Islam. London
Bohdan Lapis (1973): Die Anschauungen über die Arbeit im Koran, in:
Zeitschrift für Religions- und Geistesgeschichte, XXV, 97-111
 - ⁸ Robert D. Putnam (1993): Making Democracy Work. Civic Traditions in Modern Italy. Princeton
 - ⁹ z. B. Florence R. Kluckhohn, Fred L. Strodbeck (1961): Variations in Value Orientations. Westport
 - ¹⁰ David C. McClelland (1961): The Achieving Society. New York
 - ¹¹ Robert Klitgaard (1992): Taking Culture into Account, in: I. Serageldin u.a. (eds.): Culture and Development in Africa (World Bank Conference Proceedings, April 1992)
 - ¹² David S. Landes 1998: The Wealth and Poverty of Nations. Why Some are so Rich and Some so Poor. New York
 - ¹³ Denis Meadows u.a. (1972): The Limits to Growth. New York (dt.: Die Grenzen des Wachstums. Stuttgart 1972)
 - ¹⁴ Nicholas Georgescu-Roegen (1971): The Entropy Law and the Economic Process. Cambridge (Ma.)
 - ¹⁵ Weltkommission für Umwelt und Entwicklung (1987): Unsere gemeinsame Zukunft. Greven (Brundtland Report)
 - ¹⁶ Timm Krägenow (1999): Wünsche für das neue Jahrtausend (Rezension zu Weizsäcker: Das Jahrhundert der Umwelt), in: Die Zeit, 24. 6. 1999, S. 22
 - ¹⁷ Thomas S. Kuhn (1962): The Structure of Scientific Revolutions. Chicago (dt. Frankfurt/M. 1973)
 - ¹⁸ z. B. Peter M. Haas (1992): Epistemic Communities and International Policy Coordination, in: International Organisation, 46/1, pp. 1-35
 - ¹⁹ Karl Popper (1935): Logik der Forschung. Wien (engl.: The Logic of Scientific Discovery. London 1959)

-
- ²⁰ Dieter Nohlen (1994): Stichwort „Erklärung“ in seinem Lexikon der Politik, Bd. 2, S. 117-119. München
- ²¹ Friedrich Heinemann (1999): Panikmodelle erklären Wirtschaftskrisen, in: FAZ, 25. 3. 1999
- ²² hi. (1999): Wenn jeder das gleiche denkt, liegt wahrscheinlich jeder falsch, in: FAZ, 29. 4. 1999, S. 27
- ²³ Helmut F. Spinner (1974): Stichwort „Theorie“ in: Handbuch philosophischer Grundbegriffe. München, S. 1488
- ²⁴ Reinold E. Thiel (1995): Entwicklungstheorien (Editorial), in: E+Z 1995:10, S. 251
- ²⁵ Joseph Stiglitz (1998 a): Towards a New Paradigm for Development: Strategies, Policies and Processes. 9th Raul Prebisch Lecture, Genf 19. 10. 1998. UNCTAD
Derselbe (1998 b): Staat und Entwicklung – das neue Denken. Die Überwindung des Konzepts vom minimalistischen Staat, in: E+Z 1998:4, S. 101-104
- ²⁶ James D. Wolfensohn (1999): A Proposal for a Comprehensive Development Framework. Manuskript (To Executive Directors, Managers, and Staff“), Weltbank 21. 1. 1999
- ²⁷ OECD (1998): Development Cooperation 1997 Report. Paris (darin erstes Kapitel)
- ²⁸ Inge Kaul u. a. (eds., 1999): Global Public Goods. International Cooperation in the 21st Century. Oxford. OUP